

**Rede Klaus Stampfer bei Kundgebung zum Aktionstag
„Stoppt das Töten in der Ukraine – Aufrüstung ist nicht die Lösung!“ am 19.11.2022 in Ingolstadt**

Liebe Ingolstädterinnen und Ingolstädter, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Kriege brechen nicht aus. Kriege sind keine Naturgewalten wie Vulkane und Tsunamis. Kriege werden von Menschen geführt. Kriege werden bewusst vorbereitet, tagtäglich von allen Militärs geübt und letztendlich geführt. Menschen sterben in Kriegen nicht unabsichtlich wie in tödlichen Arbeitsunfällen. Nein, das Töten von Menschen in Kriegen ist gewollt und ein Ziel der Kriegsführung. Darauf werden die Soldatinnen und Soldaten gedrillt, die Waffen sind so konstruiert, um zu töten. Im zivilen Leben bestraft jeder Staat das gezielte Töten mit den höchsten Strafen. Bei uns ist es der §211 im Strafgesetzbuch, der Mord mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. [1]

Jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit, kein Krieg ist gerechtfertigt. Kriege können nur geführt werden, wenn Menschen bereit sind andere zu töten. Ohne diese Unterstützung können die Mächtigen keine Kriege führen. Es gibt überall in der Welt Menschen, die dazu nicht bereit sind, andere zu töten und die selbst nicht getötet werden wollen. Eine Möglichkeit ist, mit der Verweigerung des Kriegsdienstes keinen Krieg zu unterstützen und sich nicht an dem Töten zu beteiligen und damit für ein grundsätzliches Menschenrecht einzutreten, nämlich das in Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte [2] und in Artikel 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union gewährtes Recht jeder Person auf Leben.[3]

1987 erkannte die Vollversammlung der Vereinten Nationen darüber hinaus das Recht zur Kriegsdienstverweigerung als allgemeines Menschenrecht an. [4] Den Kriegsdienst zu verweigern, sich also nicht am Töten anderer Menschen zu beteiligen und damit das Menschenrecht auf Leben aktiv zu vertreten ist erstens ein Beitrag zur Durchsetzung der Menschenrechte und zweitens die Inanspruchnahme eines Menschenrechts.

Liebe Ingolstädterinnen und Ingolstädter, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, während wir hier stehen werden in der Ukraine Raketen und Granaten verschossen, um Menschen zu töten und zu verletzen, um zu zerstören und unendliches Leid zu verursachen. Und es gibt Menschen, die sich trotz Zwangsmaßnahmen und Bestrafung nicht an dem Töten beteiligen und auch selbst nicht getötet werden wollen. In den ersten sechs Tagen seit der Mobilmachung sind allein nach Kasachstan über 98.000 Russen eingereist. [5]

Nach Angaben des Vereins Connection e.V., der eng mit der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen verbunden ist, haben im ersten Halbjahr 2022 420.000 Menschen Russland verlassen. Davon sind 100.000 Männer auf irgendeine Weise militärdienstpflichtig gewesen.

Asyl in der Europäischen Union haben jedoch lediglich 1000 Menschen beantragt, auch weil die Grenzen für sie dicht sind, der Rest ist in andere Länder geflohen. Länder, in denen keine Visumpflicht besteht, wie etwa Armenien.[6]

Sprechen diese Zahlen nicht für eine ablehnende Haltung gegenüber dem Krieg?

Der EuGH hat am 26. Februar 2015 Andre Shepherd die Anerkennung als Flüchtling in Deutschland zugesprochen, weil er sich als amerikanischer Soldat und Wartungstechniker für Hubschrauber geweigert hat am Angriffskrieg der USA gegen den Irak teilzunehmen und sich an den Verbrechen zu beteiligen. [7] Betrachten wir die russische Kriegsführung in der Ukraine, so besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, an Verbrechen mitzuwirken. Nimmt man das Urteil des EuGH im Fall Andre Shepherd als Grundlage, so haben russische Wehrpflichtige, die sich nicht am Krieg in der Ukraine beteiligen wollen, ein Asylrecht in Deutschland.

Hauptprobleme für flüchtige Russen sind die geschlossenen EU-Grenzen. Wir fordern deshalb die Chance auf ein Visum für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, um überhaupt ins Land zu kommen und Schutz für die Wehrdienstflüchtigen. [8] Wir fordern, gewährt allen Russen, die den Kriegsdienst verweigern oder desertieren das Recht auf Asyl und Aufenthalt hier in Deutschland und in allen europäischen Ländern.

Liebe Ingolstädterinnen und Ingolstädter, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

nicht nur in Russland gibt es Menschen, die nicht töten wollen, die sich nicht an dem Krieg in der Ukraine beteiligen wollen. Auch in der Ukraine gibt es sie, obwohl die Ukraine durch das verhängte Kriegsrecht ihren Bürgern ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verweigert.

Über die Partnerorganisation „Ukrainische Pazifistische Bewegung“ wissen wir von Tausenden eröffneten Gerichtsverfahren wegen Kriegsdienstverweigerung. Es drohten jahrelange Haftstrafen. Wer nicht kämpfen will, gilt in der Ukraine dieser Tage als Persona non grata. Die Zahl der ukrainischen Wehrdienstunwilligen wird auf mehrere 10.000 geschätzt.

In einer Umfrage des Human Security Lab der Universität von Massachusetts-Amherst sprachen sich 28 Prozent der befragten Ukrainerinnen und Ukrainer für eine Ausreise-Option wehrfähiger Männer aus.[8] Auch für die Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine fordern wir, dass sie hier aufgenommen werden und einen Flüchtlingsstatus erhalten. Jeder Mensch, der am Krieg und am Töten nicht mitmacht, rettet Leben und hat ein Recht bei uns zu sein.

Liebe Ingolstädterinnen und Ingolstädter, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, Deutschland liefert Waffen in die Ukraine, die wie Öl in einem Brandherd den Angriffskrieg Russland verlängert haben und weiter verlängern.

Unsere Ampel-Regierung hat keine Exit-Strategie diesen Krieg zu beenden.

Die Sanktionen haben keine feststellbaren Auswirkungen auf die Kriegsführung Russlands in der Ukraine, wie es aus der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der LINKE hervorgeht.

Dagegen leiden mit den Sanktionen die Menschen in Russland, aber auch hier bei uns in Deutschland bringen sie viele Menschen in existentielle Not.

Statt die Menschenrechte wie eine Monstranz vor sich herzutragen und hochzuhalten, sollen die Politikerinnen und Politiker der SPD, FDP, Grünen und CDU-CSU die Erklärung der Menschenrechte auch mal lesen und sie befolgen. Sie sollen allen Menschen, die gegen den Krieg in der Ukraine sind und für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in Anspruch nehmen, das vom EuGH zugestandene Recht auf Aufenthalt gewähren. Dafür treten wir ein und auch deshalb stehen wir heute hier.

Lasst mich zum Schluss noch Albert Einstein zitieren, der zu großen Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts zählt. Er sagte wörtlich: *„Die Regierungen sind von den Interessen der Kriegsmaschinerie viel zu abhängig, als dass von ihnen in nächster Zeit ein entscheidender Schritt zur Beseitigung der Kriegsgefahr erwartet werden dürfte. Ich glaube, dass nur international organisierte Verweigerung von Militärdienst und Kriegsdienst ernsthafte Fortschritte bringen kann. Es muss in den Menschen das Bewusstsein lebendig werden, dass der Staat nicht berechtigt ist, von seinen Bürgern Handlungen zu fordern, die nach der anerkannten Moral Verbrechen sind.* [9] Soweit Albert Einstein.

Ich danke euch

[1] https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/__211.html

[2] <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>

[3] https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf

[4] <https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegsdienstverweigerung>

[5] <https://taz.de/Kriegsdienstverweigerer-aus-Russland/!5882784/>

[6] <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/asyl-kriegsdienstverweigerer-101.html>

[7]

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=26DD11C5939A82965F2F4F72F8143781?text=&docid=162544&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=66451>

[8] <https://taz.de/Kriegsdienstverweigerer-in-der-Ukraine/!5881494/#:~:text=Vor%20dem%20russischen%20Angriff%20wurden,oder%20leisteten%20einen%20sozialen%20Ersatzdienst>

[9] Albert Einstein (1879-1955), Dezember 1930, USA